

Der Vatikan kritisiert die fehlende Regulierung der Finanzmärkte

Vergessene Hausaufgaben

Vor zehn Jahren hat die Finanzkrise begonnen. Was haben die wirtschaftlichen Akteure und die Staaten aus ihr gelernt? Der Vatikan hat zu dieser Frage jetzt ein Papier veröffentlicht und zieht eine schonungslose Bilanz. **VON GERHARD KRUIP**

Unter dem Titel „Oeconomicae et pecunariae quaestiones“ (Fragen der Wirtschaft und des Geldes [OPQ]) wurde am 17. Mai 2018 im Vatikan ein Dokument mit „Erwägungen zu einer ethischen Unterscheidung bezüglich einiger Aspekte des gegenwärtigen Finanzwirtschaftssystems“ vorgestellt, das bereits am 6. Januar 2018 von *Luis F. Ladaria*, dem Präfekten der Kongregation für die Glaubenslehre, und von Kardinal *Peter Turkson*, dem Präfekten des Dikasteriums für den Dienst zugunsten der ganzheitlichen Entwicklung des Menschen, unterzeichnet worden war. Offenbar haben auch die beiden Finanzexperten *Leonardo Becchetti* von der römischen Universität „Tor Vergata“ und *Lorenzo Caprio* von der „Università Cattolica del Sacro Cuore“ in Mailand an der Abfassung des Dokuments mitgewirkt. Papst *Franziskus* habe, so heißt es am Ende dieses Dokuments, „die vorliegenden Erwägungen (...) approbiert und ihre Veröffentlichung angeordnet“ (vgl. HK, Juni 2018, 43).

Dass dabei auch die Glaubenskongregation als Mitverfasserin auftritt, ist ein Zeichen dafür, dass der Papst solche sozialetischen Themen wie die Regulierung der Finanzmärkte offenbar genauso ernst genommen haben möchte wie die Glaubensfragen und moraltheologischen Themen, zu denen sich die Glaubenskongregation sonst äußert. Begründet wird dies im Text damit, dass die Kirche für das „ganzheitliche Wohl“ des Menschen zuständig sei. Dies sei im Diesseits schon anzustreben als eine „Vorwegnahme jenes Reiches Gottes, das die Kirche zu verkünden und in jedem Bereich menschlichen Wirkens aufzurichten gerufen ist“ (OPQ 2, vgl. 4). An die dafür nötigen ethischen

Prinzipien möchte die Kirche in „demütiger Gewissheit“ erinnern (OPQ 4), sieht deren „objektive Ordnung“ aber durchaus in der allgemein menschlichen und in allen Kulturen zum Ausdruck gebrachten Vernunft als begründet (OPQ 3) und „auf dem sicheren Pfad der kirchlichen Soziallehre“ auch als umsetzbar an (OPQ 6).

Vertane Chance

Anlass der Veröffentlichung zum jetzigen Zeitpunkt ist möglicherweise die Tatsache, dass die Subprime-Markt-Krise, die 2007 in den USA begann, mit der Insolvenz der Investment-Bank *Lehmann Brothers* am 15. September 2008 ihren Höhepunkt fand und sich schließlich in Form der Eurokrise, der Staatsverschuldungskrise mehrerer EU-Länder und insbesondere der Griechenland-Krise fortsetzte, etwa 10 Jahre her ist. Das gibt Anlass zu einem Rückblick und wirft die Frage auf, was die wirtschaftlichen Akteure und die Staaten bisher aus ihr gelernt haben.

Die jüngsten politischen Turbulenzen in Italien haben wieder zu Bewusstsein gebracht, wie prekär die finanzielle Situation vieler EU-Länder nach wie vor ist. Zwar gab es einige Anstrengungen, die Finanzmärkte stärker zu regulieren, die Sicherheit des Bankensystems zu erhöhen und künftigen Krisen vorzubeugen. Dennoch macht sich OPQ in Nr. 5 eine Äußerung des Papstes aus „*Laudato Si*“ Nr. 189 zu eigen, dass „ein Überdenken jener überholten Kriterien, die immer noch die Welt beherrschen, ausgeblieben“ sei. Die Chance, nach der Krise von 2007/2008 „eine neue Wirtschaft zu entwickeln, die größeren Wert auf ethische Prinzipien legt und die Finanzgeschäfte neuen Regelungen unterwirft,

um ausbeuterischen und spekulativen Absichten einen Riegel vorzuschieben und den Dienst an der Realwirtschaft in den Vordergrund zu stellen“, ist nach Meinung der obersten Glaubensbehörde und des „Entwicklungsministeriums“ des Vatikans vertan worden. Ein Indiz dafür, dass dem tatsächlich so ist, könnte sein, dass der US-amerikanische Präsident *Donald Trump* schon im Februar 2017 damit begonnen hat, die durch den „*Dodd-Frank Act*“ verschärften Regulierungen des Bankenwesens wieder abzuschwächen.

Grundtenor des Textes ist die traditionelle Einsicht der katholischen Soziallehre, wie sie auch schon in „*Quadragesimo Anno*“ (1931) festgehalten wurde, dass nämlich die „Wettbewerbsfreiheit – obwohl innerhalb der gehörigen Grenzen berechtigt und von zweifellosem Nutzen – (...) unmöglich regulatives Prinzip der Wirtschaft sein“ könne (QA 88). Die Wirtschaft bedürfe einer „klaren ethischen Grundlage“, welche jedoch „die wirtschaftlichen Mechanismen allein nicht hervorbringen“ können (OPQ 1, vgl. 21). Was auf dem Spiel steht, wenn eine solche Grundlage fehlt, machen die Konsequenzen solcher Krisen deutlich, die zur Exklusion von Menschen führen, die – und auch hier bezieht sich das Dokument auf eine Schrift von Papst *Franziskus*, nämlich „*Evangelii Gaudium*“ (Nr. 53) – „wie ‚Abfall‘ behandelt“ werden (OPQ 6). Die sozialetischen Grundlagen, die hier entfaltet werden, sind ganz traditionell und lassen sich leicht in Stichworten zusammenfassen: Ausgangspunkt sind die Menschenwürde eines jeden Einzelnen, seine Sozialnatur, die Bestimmung der Güter für alle Menschen, die vorran-

gige Option für die Armen und das Gemeinwohlprinzip. Besonders betont wird eine ganzheitliche Anthropologie, die den Menschen nicht allein als Individuum, sondern als „relationales Wesen“ (OPQ 10) sieht. Anklänge an die berühmte Analyse von *Karl Marx* vom Fetischismus des Geldes und der Ware findet man, ähnlich übrigens wie auch schon in der Enzyklika des Papstes *Johannes Pauls II.* „*Laborem Exercens*“ (1981), in der Feststellung, dass es die Natur des Menschen als Beziehungswesen nicht erlaube, „jeden Austausch von Gütern auf einen bloßen Austausch von Dingen zu reduzieren“ (OPQ 9). Anders gesagt, die katholische Kirche fordert „wahre Beziehungen“ statt eine Reduktion des Menschen auf „Warenbeziehungen“. An anderer Stelle bedauert OPQ, dass die Arbeit zur „Ware“ reduziert werde und damit eine „Wegwerfkultur“ mit Ausgrenzung breiter Massen der Bevölkerung gefördert werde (OPQ 15). „Das Geld muss dienen und nicht regieren!“ (OPQ 6). Deshalb können auch Effizienz und Profit nicht die vorrangigen Zielwerte sein, genauso wenig wie das Bruttoinlandsprodukt ausreicht, um den Wohlstand einer Nation zu messen (OPQ 10–11).

Stärker als in bisherigen Texten von Papst Franziskus wird der Markt als Instrument der Koordinierung der Wirtschaftssubjekte zunächst sehr positiv gewürdigt: „Prinzipiell sind alle Systeme und Mittel, welche die Märkte nutzen, um ihre Verteilungskapazitäten zu vermehren, moralisch zulässig, insofern sie die Menschenwürde und die Ausrichtung auf das Gemeinwohl achten“ (OPQ 13). Sofort danach wird jedoch darauf hingewiesen, dass es im Bereich der Finanzwirtschaft viele Situationen gibt, die „Fälle von unmittelbarer Nähe zur Unmoral“ (OPQ 14) darstellen, weil sie beispielsweise die Akteure in die Versuchung führen, Informationsasymmetrien einseitig auszunutzen. Auch das Geld sei „an sich ein gutes Mittel“ und „die Finanzierung von Unternehmen am freien Kapitalmarkt, der Unternehmen durch den Eintritt in den freien Handel der Börse Zugang zum Geld ermöglicht, (ist) an sich positiv“ (OPQ 15). Freilich werden auch hier als Gefahren sogleich die Spekulation, der Hochfrequenzhandel und die Abkoppelung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft genannt. Offenbar ebenfalls mit Bezug auf den Marxismus wird schließlich in diesem Zusammenhang festgestellt: „Der Ertrag aus dem Kapital stellt eine echte Bedrohung dar und riskiert, den Ertrag aus der Arbeit zu überrunden, der im Wirtschaftssystem oft nur noch eine Randbedeu-

tung hat“ (OPQ 15). Besonders kritisiert wird die Spekulation, die sich „bedenkenlos darüber hinwegsetzt, dass die wirtschaftliche Lage ganzer Länder negativ, ja sogar dramatisch beeinflusst werden kann. Auf diese Weise setzt man nicht nur öffentliche Sanierungsprojekte aufs Spiel, sondern auch die wirtschaftliche Stabilität von Millionen von Familien“ (OPQ 17).

Deutlich wird auch auf das Problem hingewiesen, dass sich die internationalen Finanzmarktbeziehungen einer politischen Regulierung weitgehend entziehen können (OPQ 12, vgl. 21). Oft benutzen die Akteure der Finanzwelt ihre Macht dazu, „sich über jede Norm hinwegzusetzen, die keinen unmittelbaren Profit verspricht“ oder dazu, „sich die jeweilige politische Macht gefügig zu machen“ (OPQ 21). Umso mehr wird eine „überstaatliche Koordinierung der verschiedenen Strukturen lokaler Finanzsysteme“ (OPQ 19) gefordert. Auch wenn sich die Autoren dessen bewusst sind, „dass es keine wirtschaftlichen Patentrezepte gibt“ (OPQ 7), diskutieren sie einige relativ detaillierte Vorschläge und Praktiken.

Durchaus bedenkenswert ist der Vorschlag einer Zertifizierung von Finanzprodukten durch eine Regulierungsbehörde (OPQ 19). Kritisiert wird das *shadow banking*, in dem Bankgeschäfte außerhalb des regulären Bankensystems abgewickelt werden (OPQ 29). Für die deutsche Situation, wo es traditionell private, genossenschaftliche und staatliche Banken gibt, ist der Hinweis interessant, dass „Diversität“ zu einem „gesunden“ Finanzsystem dazugehört. In OPQ 22 findet sich ein eindeutiges Plädoyer für ein Trennbankensystem, in dem das Investment Banking von anderen Dienstleistungen (Giro- und Spareinlagen, Kredite) getrennt wird, was zu höherer Stabilität führe. „Bankinterne Ethikkommissionen“ (OPQ 24) und *Compliance*-Abteilungen (OPQ 28) sollten dazu beitragen, die Einhaltung von gesetzlichen und moralischen Regeln zu gewährleisten. Derivate, insbesondere Mehrfachverbriefungen, werden ausgesprochen kritisch beurteilt (OPQ 26, 28).

Die *credit default swaps*, handelbare Papiere zur Absicherung von Kreditausfallrisiken, werden sogar als „absolut unzulässig“ angeprangert, weil hier einige Akteure auf die Zahlungsunfähigkeit von Kreditnehmern spekulieren, was unter ethischem Gesichtspunkt inakzeptabel sei (OPQ 26). Natürlich werden auch Gesetzesverstöße angeprangert, wie etwa die jahrelang praktizierte Manipulation des LIBOR-Zinssatzes, an dem auch die Deutsche Bank zwischen 2005 und 2009 beteiligt war und

Gerhard Kruij

wurde 1957 geboren und ist Professor für christliche Anthropologie und Sozialethik an der Universität Mainz. Seine Schwerpunkte sind theoretische und praktische Gerechtigkeitsfragen im Zusammenhang mit der sozialen Sicherung, Globalisierung, Armutsbekämpfung, intergenerationaler Gerechtigkeit, Umwelt- und Klimaschutz.

Stärker als bisher wird der Markt als Instrument der Koordinierung zunächst sehr positiv gewürdigt.

dafür 2015 eine Strafzahlung von 2,5 Milliarden Dollar leisten musste. Das Dokument findet dazu harte, aber durchaus berechnete Worte: „Dass genau das über Jahre hinweg ungestraft passieren konnte, macht deutlich, wie zerbrechlich und betrugsanfällig ein Finanzsystem ist, das nicht ausreichend durch Regeln kontrolliert wird und in dem etwaige Regelverstöße seiner Akteure keine entsprechenden Sanktionen nach sich ziehen. Wenn echte Kartelle gegenseitiger Begünstigung unter jenen Akteuren entstehen, die mit dem korrekten Fixing dieser Zinssätze betraut waren, handelt es sich um kriminelle Vereinigungen, die nicht nur dem Gemeinwohl schaden, sondern auch der Gesundheit des Wirtschaftssystems eine gefährliche Wunde zufügen. Darum braucht es angemessene Strafen, die eine abschreckende Wirkung haben“ (OPQ 27).

Mehrere Seiten widmen die „Erwägungen“ auch dem Thema Steuervermeidung und Steuerhinterziehung sowie den Offshore-Finanzplätzen (in der deutschen Übersetzung als „Offshore-Domizile“ bezeichnet), die beides oft erst möglich machen. Die Autoren sind sich unsicher, ob solche Praktiken „direkt unmoralisch“ sind oder „in unmittelbarer Nähe zur Unmoral stehen“ (OPQ 30). Auf jeden Fall aber entzogen sie in ungerechter Weise der Realwirtschaft ihren „Lebenssaft“ (OPQ 30 und 31). Staaten, die solche Finanzplätze dulden, wird „Heuchelei“ vorgeworfen (OPQ 30). Insgesamt habe sich eine Struktur herausgebildet, die „in ethischer Hinsicht vollkommen inakzeptabel ist“ (OPQ 31), weshalb auf internationaler Ebene Regulierungen geschaffen werden müssten, um Transparenz herzustellen, solche Praktiken zu unterbinden und „einschneidende Sanktionen“ den Ländern anzudrohen, die solche Praktiken weiter unterstützen.

Schließlich wird auch ein Zusammenhang zur Staatsverschuldung hergestellt, insofern nämlich die Kapitalflucht und die Steuervermeidung die Möglichkeiten zur Staatsfinanzierung einschränken, wobei jedoch auch festgehalten wird, „dass die Staatsverschuldung oft auch von einer ungeschickten, wenn nicht sogar betrügerischen Handhabung des öffentlichen Verwaltungssystems

herrührt“ (OPQ 32). In diesem Zusammenhang wird dann aber trotzdem auch die Forderung nach einer „vernünftigen Senkung der Schulden“ erhoben (OPQ 32). Am Ende des Textes appellieren die Autoren an die Verantwortung der Konsumenten und Sparer, die durch ihre Kaufentscheidungen und die Art ihrer Geldanlagen erheblich dazu beitragen könnten, die Entwicklung eines gerechteren Wirtschafts- und Finanzsystems zu fördern (OPQ 33), vor allem, wenn sie sich organisieren, um gemeinsam vorzugehen. Schließlich seien die „Vereinigungen aus der Zivilgesellschaft (...) eine Art Reserve des Gewissens und der sozialen Verantwortung“ (OPQ 34).

Hierzulande fielen die Reaktionen mager aus

In Deutschland wurden die „Erwägungen“ vom Vorsitzenden der Deutschen Kommission *Justitia et Pax*, dem Trierer Bischof *Stephan Ackermann*, in einer Pressekonferenz am 18. Mai 2018 vorgestellt. Er forderte dabei auch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die in den „Erwägungen“ jedoch gar nicht explizit vorkommt. Die Reaktionen in Deutschland fielen relativ mager aus. Der Sankt-Georgener Sozialethiker *Bernhard Emunds* bezeichnete das Dokument als „Gardinenpredigt für Banker“. Seitens der katholischen Verbände oder des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken gab es – meines Wissens – keine Reaktion. *Daniel Eckert* empfand auf der Webseite der Tageszeitung „Die Welt“ (17. Mai 2018) das Dokument als eine „gnadenlose Abrechnung“ mit den Finanzmärkten und das Handelsblatt (18. Mai 2018) immerhin noch als eine „beispiellose Abrechnung“ mit Steueroasen, Spekulationen und unmoralischen Finanzpraktiken. In der „Zeit“ (24. Mai 2018) kritisierte *Lisa Nienhaus* die pauschale Kritik der *credit default swaps*, die ein wichtiges Instrument zur Verringerung von Risiken seien. Sie machte sich auch etwas darüber lustig, dass der Vatikan für das Finanzsystem eine „Kultur der Liebe“ forderte. „Eine Kultur des Nachdenkens wäre ein Anfang“. Relativ ausführlich berichtete *Regina Kerner* in der Frankfurter Rundschau (18. Mai 2018) und sah das Dokument in direkter Kontinuität zu der seit dem berühmten Ausspruch „Diese

Wirtschaft tötet“ in „*Evangelii Gaudium*“ (Nr. 53) bekannten Kapitalismus-Kritik von Papst Franziskus.

In den USA, wo Katholiken recht gespalten sind in ein eher marktfreundlich-libertäres Lager, das häufig auch an *business schools* zu finden ist, und ein eher sozialdemokratisches Lager, das eng mit sozial-karitativen Projekten verbunden ist, wurde das Dokument besonders kontrovers diskutiert. Während die einen betonten, zentrale Aussagen der „Erwägungen“ würden die bisherige kapitalismuskritische Position des Papstes relativieren, arbeiteten die anderen die Kontinuität zu einer breiten kapitalismuskritischen Denktradition der katholischen Soziallehre heraus.

Auf der Webseite *www.libertylawsonline.org* des libertären „Liberty Fund“ meint *James R. Rogers*, die „Erwägungen“ dienten dazu, einige der eher den Kapitalismus „schmähenden“ Kommentare des Papstes zurechtzurücken. Trotzdem kritisiert er die negative Bewertung wachsender globaler Ungleichheit. Nach seiner Überzeugung ist Armutsbekämpfung ohne zunehmende Ungleichheit nicht möglich, erstens, weil es Anreize für wirtschaftliche Aktivitäten brauche, und zweitens, weil gar nicht alle gleichzeitig und in gleichem Maße aus der Armut herauskommen könnten.

Auf *www.catholicworldreport.com* begrüßt *Samuel Gregg* die grundsätzlich positive moralische Einordnung des Marktes und des Geldes in den „Erwägungen“, meint aber andererseits, das Dokument enttäusche „durch Fehlanalysen und Ausklammerung zentraler Fragen und verliert sich in widersprüchlichen Ausführungen zu Detailfragen und fragwürdigen historischen Aussagen“. Er kritisiert auch sehr grundsätzlich den „paternalistischen Ansatz“, der Lösungen hauptsächlich in einem Mehr an staatlicher Regulierung suche. Dieser Beitrag ist in deutscher Sprache auch auf der Webseite des „Austrian Institute“ in Wien erschienen, das vom extrem wirtschaftsliberalen katholischen Priester *Martin Rhonheimer* geleitet wird.

Während Gregg fordert, die Kirche solle mehr aus den Ressourcen ihrer eigenen katholischen Tradition schöpfen, weist *Adam Rasmussen* auf der Webseite *wherepeteris.com*, einer Webseite, die

gezielt die Position von Papst Franziskus unterstützt, nach, dass genau dies geschieht, dass nämlich die „Erwägungen“ eindeutig in der eben auch stark antikapitalistischen Tradition Katholischer Soziallehre stehen. Genau deshalb sieht er in den „Erwägungen“ eine „vollständige Zurückweisung des Libertarianismus“, der freilich in den letzten Jahren unter US-amerikanischen Katholiken viele Anhänger gefunden habe. Er zeigt jedoch, dass das Dokument von fünf zentralen Prinzipien getragen ist, die auch Prinzipien katholischer Sozialethik sind: Menschenwürde, Bild vom Menschen als Beziehungswesen, Gemeinwohl, universelle Bestimmung der Güter, Solidarität und Subsidiarität als Auftrag auch an die Regierungen der Staaten.

Letztlich ist das Dokument ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftsethischen Diskussion um die Finanzmärkte. Es enthält sehr wertvolle Anregungen und berechtigte Kritik. Einige Formulierungen sind jedoch tatsächlich naiv, wenn etwa ge-

fordert wird, dass die Liebe ein zentrales Prinzip auch für die Finanzmärkte sein solle (OPQ 2) – oder wenn man „die Person und die Qualität der Beziehungen zwischen den Personen in den Mittelpunkt der Unternehmenskultur“ stellen solle (OPQ 23). Enttäuschend ist aber vor allem, dass die „Erwägungen“ kein Wort über den Umgang der Kirche selbst mit Finanzmitteln verlieren. Erst in den letzten Jahren ist das Bewusstsein dafür gewachsen, dass die Kirche, ihre Hilfswerke und die Ordensgemeinschaften sich auch selbst Gedanken über ethische Geldanlagen machen müssen. Erst seit dem Skandal um den Bau des Bischofshauses in Limburg fühlen sich die deutschen Bistümer verpflichtet, Bilanzen zu erstellen und darüber öffentlich Rechenschaft zu geben. Skandale wie die Spekulationsgeschäfte von Mitarbeitern der Diözese Eichstätt, die zu Millionenverlusten geführt haben, machen deutlich, dass auch heute noch manches im Argen liegt. Dabei ist davon auszugehen, dass die deutschen Bistümer ihre Finanzen kon-

trollierter und verantwortlicher verwalten als manch eine Diözese in Lateinamerika, Afrika oder Asien. Auch wird die lange Jahre von Skandalen erschütterte Vatikanbank (das „Istituto per le Opere di Religione“) mit keinem Wort erwähnt. Erst ab 2010 verpflichtete sich die Vatikanbank, die Gesetze der EU zur Vermeidung von Geldwäsche zu übernehmen. Erst ab 2013 wurden im Rahmen einer Kontroll- und Transparenzinitiative die Konten dubioser Kunden gekündigt. Zumindest bis dahin entsprach die Vatikanbank nicht den Kriterien, die die vatikanischen „Erwägungen“ für das Finanzsystem fordern. Es hätte der Glaubwürdigkeit der Kirche gutgetan, wenn auch dies in einem solchen Dokument angesprochen und ein Bedauern über eigene Fehler in der Vergangenheit ausgesprochen worden wäre. ■

Weitere Artikel zum Thema finden Sie in unserem Dossier „Die Kirchen zur Finanz- und Wirtschaftskrise“ auf www.herder-korrespondenz.de.